

EDITORIAL

## Das Framing-Problem der Digitalisierung

Angst ist eines der stärksten Gefühle des Menschen. Sie eignet sich, um politische Ziele voranzutreiben, um Aufmerksamkeit zu gewinnen und zu mobilisieren. „Ich will, dass ihr in Panik geratet!“, sagte Greta Thunberg beim Weltwirtschaftsforum in Davos, um zu radikalen Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Umwelt aufzurufen.

Die Angst vor Umweltkatastrophen hilft, eine andere Umweltpolitik einzuleiten; die Angst vor Krieg fordert zu einer friedlicheren Außenpolitik auf; die Angst vor sozialer Ungleichheit motiviert eine andere Sozialpolitik. Doch wozu führt die Angst vor Digitalisierung?

Im deutschen Diskurs wird Digitalisierung oft in einem Angstframing kommuniziert – der Angst vor dem Verlust der Freiheit. Die Digitalisierung an sich ist aber neutral: Das Internet, Künstliche Intelligenz oder die Automatisierung von Arbeitsabläufen sind per se weder heilsbringend noch freiheitsraubend. Um die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen, sollten sich Meinungsmacher um Akzeptanz und auch Begeisterung für digitale Innovation in der Bevölkerung bemühen, anstatt vor künftigen „Freiheitsfallen“ zu warnen, wie im Kommentar von Matthias Meifert „Es geht um die Freiheit, stupid!“ im Manager Magazin vom 8. Juni 2019 geschehen.

Der Umgang mit Digitalisierung führt zu neuen Phänomenen und manchmal zu enttäuschten Hoffnungen: Das Internet ermöglicht nicht den herrschaftsfreien Diskurs nach Habermas'schem Ideal, wie der digitalpolitische Sprecher der CSU Hansjörg Durz in dieser Digital-Insight-Ausgabe schreibt. Youtuber, die Millionen Follower mit Musik-, Makeup- und Katzensvideos unterhalten, geben plötzlich Wahlempfehlungen (Beitrag InBrief). Beschäftigte profitieren nicht von der Digitalisierung, sondern müssen um den Verlust des Arbeitsplatzes fürchten (Artikel InFocus). Doch mit Angst lässt sich diesen Phänomenen nicht begegnen.

Um Digitalisierung konstruktiv und zum Vorteil des Menschen zu nutzen, sollten wir für digitale Innovation begeistern, Neugierde wecken, Chancen ebenso aufzeigen wie Risiken. Digitale Innovation ist verständlich und als übergreifendes, alle Politikfelder betreffendes Instrument zu kommunizieren, wie es beispielsweise in Österreich passiert. Georg Krause erläutert im Comment dieser Ausgabe die Erfolgsfaktoren des österreichischen Vorgehens.

In einem angstfreien, neugierigen, konstruktiven Diskurs werden wir Wege finden, auf denen wir soziale Medien, Youtube und Co als Diskursraum auch für fundierte Argumente gewinnen, auf denen Beschäftigte an den Vorteilen der Digitalisierung teilhaben und auf denen digitale Innovation die Freiheit des Menschen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt.

Regina Welsch  
Senior Public Affairs Manager, msg  
Redaktionsleitung *Digital Insight*

## COMMENT

# Zutaten für eine erfolgreiche Digitalpolitik – das Beispiel Österreich



Von Georg Krause  
(CEO der msg Plaut AG)

Österreich hat seit Antritt der Bundesregierung im Dezember 2017 konsequent Schwerpunkte beim Thema Digitalisierung gesetzt: So kam im Regierungsübereinkommen 2017 das Wort „digital“ 190 Mal vor, während es im Regierungsprogramm 2013 weniger als 15 Mal zu finden war. Digitalisierung war neben der Steuer- und Pflegereform

der Schwerpunkt im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes 2018 sowie der österreichischen Regierung für 2019. Alle Ministerinnen und Minister hatten die Aufgabe, für das Jahr 2019 konkrete Digitalprojekte in der Regierungsklausur Anfang des Jahres vorzustellen – was zu einem beispiellosen digitalen Schub in allen Ministerien führte.

In der österreichischen Gesellschaft und Wirtschaft war ein spürbarer Ruck in Richtung beschleunigte Digitalisierung zu erkennen. Dies zeigte sich in Investitionen, Gründungen, einer positiven Medienberichterstattung und einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung.

Aus meiner Sicht besteht diese erfolgreiche Digitalisierungspolitik aus drei wesentlichen Zutaten: Leadership, klare Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

## Leadership

Digitalisierung wurde zur Chefsache erklärt. Das galt auf Regierungsebene für den Kanzler ebenso wie in den Ministerien für die Minister und Ministerinnen; das konsequente Einfordern von Maßnahmen führte zu einer Auseinandersetzung mit der Digitalisierung und dem Aufsetzen von Projekten.

## Klare Verantwortlichkeiten

Chief Digital Officers (CDO): In jedem Ministerium wurde ein CDO auf politischer oder Spitzenbeamten-Ebene ernannt, der im Ministerium die Digitalisierungsagenda vorantrieb und im Rahmen der CDO-Runde die Koordination mit den anderen Ministerien übernahm.

Digitalisierungsministerium: Ein Digitalisierungsministerium ist ressortübergreifend für die Umsetzung der Digitalpolitik verantwortlich. Es treibt Querschnittsthemen wie E-Government voran und koordiniert die Digital- bzw. KI-Strategie.

## Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Viele digitalpolitische Maßnahmen erfordern eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Verwaltung und Wirtschaft: So war die Wirtschaft in die Erarbeitung von Schwerpunkten und Aktionsplänen eingebunden, Public-Private-Partnership-Modelle finanzierten die Vorhaben, medienwirksame Aktivitäten wie fit4internet erfolgten gemeinsam.

Beispiele für die vielfältigen Digital-Schwerpunkte der letzten 17 Monate sind:

## Digitale Bildung:

- Aufstockung der Mittel für die Universitäten um ca. 10 Prozent für die Jahre 2019 – 2021; ca. 50 Prozent für digitale Ausbildung.
- Einführung neuer digitaler Lehrberufe wie E-Commerce-Kaufmann/-frau, Applikationsentwicklung – Coding sowie Informationstechnologie.
- Gründung der Organisation fit4internet, welche die digitalen Kompetenzen der österreichischen Bevölkerung auf Basis des DigComp-Standards der EU feststellt und zertifiziert (ähnlich dem europäischen Referenzrahmen für Sprachen).

## E-Government

- Bis zu 4,5 Mrd. € Einsparung pro Jahr für die Wirtschaft durch das Once-Only-Projekt: Unternehmen müssen künftig nur noch an einer Stelle eine Information melden; keine andere Behörde darf diese Information nochmals abfragen.
- Entwicklung einer Österreich-App & Web-Lösung als Plattform, die einen einfachen und sicheren Zutritt mittels E-Identifikation der Bürger zu allen E-Government-Services bereitstellt.

### Wirtschaft

- Mit KMU Digital wurde ein Programm für die mittelständische Wirtschaft weiterentwickelt und verstärkt, das Potenzialanalysen, Beratung und Qualifizierung anbietet und fördert.
- Eine Digitalisierungsagentur unterstützt Unternehmen auf dem Weg in die Digitalisierung, vernetzt Partner und entwickelt Public-Private-Partnership-Modelle zur Digitalisierung.
- Förderprogramme wie Digital Innovation Hubs unterstützen die Gründung von Kompetenznetzwerken zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

### Beschleunigung beim Ausbau der digitalen Infrastruktur

- Fördermaßnahmen und geeignete Rahmenbedingungen z.B. bei Genehmigungsverfahren beschleunigen den gezielten Ausbau.
- Entwicklung einer 5G-Strategie mit dem Ziel, zum 5G-Vorreiter in Europa zu werden.
- 5G-Pilotbetrieb, bei dem 17 Gemeinden an das erste reguläre 5G-Netz angeschlossen werden.

Obwohl die österreichische Regierung aufgrund der aktuellen Vorkommnisse die begonnene Arbeit in den nächsten Monaten nicht fortsetzen kann, wirkt sich die entfachte Dynamik im Bereich Digitalisierung bereits positiv auf Menschen, Wirtschaft und Standort aus. Es bleibt zu hoffen, dass die Folge-Regierung, wie auch immer sie sich zusammensetzen wird, die Digitalisierung mit hoher Priorität fortsetzt.

## INBRIEF

### Politisierte Youtuber machen Stimmung

Am 24. Mai, kurz vor der Europawahl, wurde ein offener Brief im Youtube-Format veröffentlicht: Mehr als 90 Youtuber rufen zur Teilnahme an der [Europawahl](#) auf und geben Wahlempfehlungen ab. Vor der Veröffentlichung des Briefs im Netz erschien das umstrittene Youtube-Video „Zerstörung der CDU“ von [Rezo](#).

Wahlempfehlungen durch Medienschaffende sind kein seltenes Phänomen. Neu ist der Eintritt von Influencern in den politischen Diskurs, die bisher mit meist unpolitischen Inhalten Aufmerksamkeit erregen. Inhalt der Rezo-Channels sind vor allem Comedy- und Musik-Videos. Erst zur Europawahl entdeckte Rezo seine politische Stimme. Der Youtuber hat zwei Kanäle mit ca. 1.630.000 und 920 000 Abonnenten. Das Video „Die Zerstörung der CDU“ hat bisher 14 Millionen Zuschauer erreicht. Zum Vergleich: Einer der erfolgreichsten deutschen Youtuber LeFloid (Florian Mundt), der sich auch als Polit-Youtuber darstellt und 2015 die Kanzlerin interviewte, hat auf seinem Hauptkanal drei Millionen

Abonnenten. Laut der [Studie](#) „Participatory Politics: New Media and Youth Political Action“ sind neue Medien wie Youtube ein Weg zur stärkeren Personalisierung und damit höheren Glaubwürdigkeit der übermittelten politischen Inhalte. Eine [Umfrage](#) von 2017 über die Nutzung von Social Media zeigt: Youtube nimmt mit 58 Prozent den ersten Platz bei Jugendlichen ein, um sich politisch zu informieren. „Was sind Regeln aus dem analogen Bereich, und welche Regeln gelten auch für den digitalen Bereich?“, fragte die Bundesvorsitzende der CDU Annegret Kramp-Karrenbauer mit Bezug auf das Rezo-Video. Für [Simon Assion](#), Rechtsanwalt und Spezialist für Medienrecht, ist dies eindeutig: Aus rechtlicher Perspektive gebe es keine Trennung zwischen analogen und digitalen Medien, da die Freiheit jeder Person, politische Positionen zu vertreten, durch die Meinungsfreiheit geschützt ist. Thomas Knüwer, Digitalberater und Blogger kommentiert die unbeholfene Reaktion der Politik auf die Signale der digitalen Öffentlichkeit so: „Eine Demokratie lebt von der Debatte auf allen Kanälen. Und dieses [Video](#) zeigt unsere lebendige Demokratie.“

### Zur 11. Sitzung der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

Zum Auftakt des öffentlichen Teils der 11. Sitzung der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ am 3. Juni 2019 referierte Prof. Dr. Judith Simon über die Begriffe Gerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit im Kontext von Künstlicher Intelligenz. Danach folgte ein Vortrag von Dr. Stefan Heumann, dem Mitglied des Vorstands der Stiftung Neue Verantwortung. Heumann empfiehlt, einen eigenen europäischen Weg für die Weiterentwicklung datenbasierter Innovation voranzutreiben. Die „dezentrale KI“, so Heumann, ermögliche es, dass Unternehmen nicht die Daten selbst, sondern die Ergebnisse ihrer KI-Modelle zur Verfügung stellen, sodass diese dann aggregiert und verbessert werden können. Dies wäre für alle Beteiligten von Vorteil. Die Technologien dahinter seien aber noch herausfordernd. Eine umfassende Studie hierzu erschien im April 2019. Anschließend ging Prof. Dr. Boris Otto vom Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik (ISS) auf Interessenskonflikte bei der Datennutzung ein: Datenmanagement sei aufwendig und Unternehmen würden ihre Daten nur dann öffentlich machen, wenn der Nutzen davon größer ist als die Investition. Es müsse eine Bewertung von Daten erfolgen.

### Ein Jahr DSGVO

Seit dem 25. Mai 2018 gilt in der EU die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Wie sieht die Bilanz aus? Das allgemeine Bewusstsein für Datenschutz ist gestiegen: Laut einer EU-Studie wissen fast sechs von zehn Personen, dass es in ihrem Land eine Datenschutzbehörde gibt. In Deutschland haben insgesamt 79 Prozent der Befragten von der DSGVO gehört, wovon mehr als die Hälfte weiß, was der Begriff bedeutet. „Das Bewusstsein für Datenschutz ist auf allen Seiten höher“, sagt auch Achim Berg, Präsident des Bitkom. In der Wirtschaft sind langfristige, verzögerte Anpassungen zu erwarten: Die Unternehmen haben langfristige Ziele in Bezug auf Datenschutz im Blick; grundlegende Veränderungen der Geschäftsmodelle seien bisher ausgeblieben. Eine Herausforderung bergen die Regeln für ePrivacy und personalisierte Werbung. „Dadurch, dass die DSGVO so umfassende Pflichten enthält und nicht zwischen Großkonzernen und kleinen Unternehmen unterscheidet, ist auch der Beratungsaufwand insgesamt gestiegen“, sagte Rebekka Weiß, Leiterin der Abteilung Vertrauen und Sicherheit beim Bitkom im Interview mit Zeit Online. Die Aufsichtsbehörden konnten bisher ihr Beratungspotenzial nicht genügend erfüllen. Eine bessere Personalausstattung wäre die Lösung für eine sinnvolle Durchsetzung der DSGVO – sowohl in der Wirtschaft als auch in der Gesellschaft.

## INPERSON

# Diskussion zu Politik und Freiheit in Zeiten von Google und Facebook



Der Verein Discussing World Politics präsentierte am 6. Juni 2019 in der GIZ-Hauptstadtrepräsentanz in Berlin das Thema „Souveräne Bürger oder bloße Datenlieferanten? Politik und Freiheit in Zeiten von Google und Facebook“.

Der Internetrechtsexperte Prof. Dr. Dirk Heckmann, die Leiterin der Berliner Außenstelle des Forschungszentrum Informatik (FZI) Luise Kranich und Werner Achtert, Mitglied der Geschäftsleitung Public Sector bei msg, diskutierten über die Macht und den Wert von Daten sowie über das Spannungsfeld von Datenschutz und datengetriebener Innovation.

Ist der gläserne Bürger der Preis, den die Gesellschaft zahlen müsse, wenn sie im globalen Wettbewerb um Daten mithalten will? „Datensouveränität, also der selbstbestimmte Umgang mit den eigenen Daten, gehört zu den Grundvoraussetzungen einer freien, digitalen Gesellschaft. Wir müssen die Menschen befähigen, den Prozess der digitalen Transformation aktiv

mitzugestalten“, sagte Prof. Heckmann, der auch Mitglied der Datenethikkommission der Bundesregierung ist.

Die Gretchenfrage des Abends: Wie lässt sich die Datensouveränität stärken und gleichzeitig datengetriebene Innovation in Europa fördern? Die Experten waren sich einig, dass es der falsche Weg sei, Unternehmen zur Herausgabe von Daten zu zwingen, um faktische Datenmonopole zu schwächen. „Unsere wirtschaftliche Zukunft ist datengetrieben. Wir können unseren Wohlstand nur sichern, wenn wir lernen, effizient mit unseren Daten umzugehen. Hierfür müssen attraktive Rahmenbedingungen in Europa geschaffen werden. Wir brauchen einen fairen Ausgleich. Einerseits muss sich die Investition der Unternehmen in Datensammlung und

Datenmanagement rechnen, und andererseits müssen Bürger und Bürgerin die Hoheit über die persönlichen Daten behalten“, bekräftigte Werner Achtert. Luise Kranich betonte, dass sich der Plattformmarkt in Deutschland und Europa natürlich entwickeln müsse: „Wir brauchen kein europäisches Google oder den KI-Airbus, um mitzuhalten, sondern sollten über neue Kooperationsmodelle – insbesondere für den Mittelstand – nachdenken. Es bringt auch nichts die großen Plattformen zu verteufeln. Der Mehrwert der Plattformen sollte bei der Diskussion nicht aus dem Blick geraten.“

## INFOCUS

# Arbeit 4.0 – Invasion der Roboter oder Chance für den öffentlichen Sektor als Arbeitgeber?

Wenn so manche Führungskraft im öffentlichen Sektor den Begriff Arbeit 4.0 hört, ziehen gedanklich dunkle Horden von Robotern auf, reißen den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Akten aus der Hand und schreddern diese mit einem Grinsen auf dem Bildschirm in sich hinein. Andere, wie Minister Heil, gründen hauseigene Labore der Zukunft und schwelgen in Visionen von gut ausgebildeten Mitarbeitenden, die den Wandel der nächsten Jahre gestalten und bewältigen können.

Diese Bandbreite der Assoziationen macht deutlich: Gerade im öffentlichen Sektor herrscht Unklarheit darüber, welche Bedeutung Arbeit 4.0 für die eigene Organisation hat. Generell beschreibt Arbeit 4.0 die Auswirkungen verschiedener Entwicklungen auf die Arbeitsbedingungen der Zukunft. Nach der industriellen Revolution, der Einführung der Massenproduktion und der Verbreitung der Computer beginnt mit der Verbreitung des Internets die nächste Stufe einer disruptiven Entwicklung unserer Arbeitswelt. Welche Auswirkungen diese langfristig haben wird, kann nur erahnt werden.

Schon heute hat sich das Verständnis der Arbeitgeber und Beschäftigten in Bezug auf die Rahmenbedingungen von Arbeit verändert. So rufen Beschäftigte in allen Behörden nach

Telearbeit, ständige Software- und Hardwareeinführungsprojekte belasten die knappen personellen Ressourcen und lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle bekommen Aufwind. Führungskräfte im öffentlichen Sektor müssen für einen fairen Ausgleich sorgen zwischen den Erwartungen der Beschäftigten und den technischen Möglichkeiten der Arbeitswelt 4.0.

Neue Ansätze der Organisationsentwicklung versuchen, den Übergang in diese neue Welt zu gestalten. Folgende Fragen sind dabei zu klären: Wie wird sich unser Arbeitsalltag verändern, wenn ein Großteil unserer Beschäftigten nicht mehr im Büro arbeiten möchte? Wie gehen wir damit um, dass viele Prozesse künftig automatisiert ablaufen könnten? Wie schaffen wir es, dass unsere Organisation technologischen Wandel schneller bewältigen kann? Wie verändert sich Führung in einer sich ständig wandelnden Welt?

In Zukunft wird sich zeigen, welche Behörden der Herausforderung gewachsen sind, ein aktiver Gestalter moderner Arbeitsbedingungen zu sein und welche eher von galoppierenden Robotern vor sich hergetrieben werden.

Von Maria Rösch, Senior Business Consultant, msg

POLITICAL VOICE

VON HANSJÖRG DURZ (DIGITALPOLITISCHER SPRECHER DER CSU)

# Digitalisierung, Demokratie und die unsichtbare Hand: Für ein freiheitliches Menschenbild in der digitalen Welt!



Das Internet wurde lange von vielen als das Instrument gesehen, mit dem die Bedingungen für einen idealen Diskurs nach Habermas'scher Lehre zum Greifen nah sind. In Zukunft würde der zwanglose Zwang des besseren Arguments zu vernunftgeprägten Diskursen führen. Das klingt nach der Vollendung des aufklärerischen Ideals westlicher Demokratien. Positiv ist, dass die Menschen noch nie so vernetzt waren wie heute. Diese Entwicklung macht auch Politik transparenter und zugänglicher: Die Bedingungen für eine ideale Demokratie scheinen also gelegt. Doch viele Politiker empfinden Gegenteiliges: Art, Ablauf und Manier des öffentlichen Diskurses leiden erheblich. Das liegt an der Verdichtung der Argumentationen. Selbstreflektierte, abwägende Debattenbeiträge haben kaum eine Chance, im Netz wahrgenommen zu werden. Denn sie erhalten kaum Aufmerksamkeit von den Gatekeepern unserer Zeit – den Algorithmen. Diese entscheiden sowohl über die zu erreichende Anzahl von Nachrichtenkonsumenten, als auch darüber, was der Medienkonsument wann zu sehen bekommt – und was nicht. Dabei setzt sich die Aufmerksamkeitslogik durch. Denn Menschen reagieren wesentlich häufiger auf einen Beitrag, wenn dieser sie emotional anspricht.

Außerdem nehmen Social Bots auf Debatten aktiv Einfluss und gaukeln der Netzgemeinde vor, ein „echter“ Nutzer aus Fleisch und Blut zu sein. Die politische Debatte wird damit

verfälscht. Darüber hinaus lassen sich mittels „Microtargeting“ politische Präferenzen von Bürgern und Empfänglichkeiten für bestimmte Argumente von einzelnen Personen vorausberechnen. Die zunehmende Transparenz des Politbetriebes ist zu begrüßen – ein gläserner Staatsbürger und Wähler allerdings nicht. Die Grundlage solcher Regelungen in Europa ist der Schutz des Individuums und seiner Wahlfreiheit. In unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem setzen wir auf die Wahlfreiheit des Individuums. Warum? Weil wir überzeugt sind, dass jeder selbst am besten weiß, welches Produkt er benötigt und welche politische Idee für ihn die richtige ist. Doch was passiert, wenn Künstliche Intelligenz diese Entscheidungen für uns treffen kann?

Zugang zu allen möglichen Daten und der statistischen Vorhersagbarkeit des Konsums von jedem Marktteilnehmer durch Künstliche Intelligenz könnte dies jedoch ändern. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ – die einst Adam Smith beschwor – würde tatsächlich erschaffen. Künstliche Intelligenz entscheidet für mich, was ich brauche und verhandelt den optimalen Preis. Mit der gleichen Effizienz optimierenden Haltung geht man heute in China an gesellschaftliche Herausforderungen heran, wie die Entwicklung eines Sozialkreditsystems zeigt. Es ist der Weg in den totalen Überwachungsstaat. In dieser Gemengelage ist nicht sichergestellt, dass das freiheitliche Menschenbild sich automatisch durchsetzt. In einigen Staaten gehören Daten dem Staat, in anderen den Unternehmen. In Europa sollen sie aber den Menschen gehören.

An welchen Stellschrauben müssen wir also konkret drehen? Zuerst sollten Politiker nicht den Aufmerksamkeitslogiken der Algorithmen verfallen. Demokratie braucht Zeit für das lange Argument – und das sollte unserer Berufsgruppe immer bewusst sein. Wir benötigen zudem mehr Wissen über digitale Entwicklungen und ihre Folgen, um diese transparent zu machen. Ein Weg in die richtige Richtung sind die Selbstregulierungstendenzen bei einigen der führenden Internetplattformen.

Sollten sich diese Regeln bewähren, können sie Teil einer Blaupause für den Umgang mit politischer Werbung in der digitalen Öffentlichkeit werden – vielleicht sogar im Umgang mit kommerzieller Produktwerbung. Am Ende ist auch Regulatorik zu diskutieren. Denn es kann nicht sein, dass Konzerne, deren Ziel es ist, Werbeeinnahmen zu optimieren, intransparent entscheiden, wer, wann und wie viele

Menschen einen Debattenbeitrag zu sehen bekommen! Wer politischen Diskursraum schafft, trägt auch Verantwortung für die Demokratie und die Vielfalt der Meinungsbildung – ob das nun im Geschäftsmodell so vorgesehen war oder nicht!

---

## TERMINANKÜNDIGUNGEN

### **17.6. - 18.06.2019, München: Eröffnung des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation (bidt)**

mit Bernd Sibler (Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst), Prof. Thomas Höllmann (Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften), Prof. Alexander Pretschner (Vorsitzender des bidt-Direktoriums) und Prof. Dirk Heckmann (Mitglied des bidt-Direktoriums)

**Veranstalter:** Bayerische Akademie der Wissenschaften/ Bayerisches Forschungsinstitut für digitale Transformation

**Ort:** Bayerische Akademie der Wissenschaften, Alfons-Goppel-Str. 11 (Residenz), München 80539

Programm und Anmeldung unter <https://www.bidt.digital/event/bidt-eroeffnung/#a1>

### **20.6.2019, 18:30 Uhr, Berlin: #tobediscussed – Digitale Selbstbestimmung in der Mediengesellschaft**

mit Prof. Dr. Maximilian von Grafenstein und Tech-Journalist und t3n-Online-Chefredakteur Stephan Dörner

**Veranstalter:** Medieninnovationszentrum Babelsberg gemeinsam mit dem Einstein Center Digital Future (ECDF)

**Ort:** Robert-Koch-Forum, Wilhelmstraße 67, 10117 Berlin

Anmeldung bis zum 14. Juni 2019 per E-Mail an [anmeldung@miz-babelsberg.de](mailto:anmeldung@miz-babelsberg.de) mit Betreff „#tobediscussed: Digitale Selbstbestimmung“

### **26.6.2019, 19 Uhr, Berlin: Digitale Synergien – IT-Sicherheit: zwischen Schutz und Freiheit**

mit wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Referentinnen/Referenten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und NGOs

Impulsvortrag zu IT-Sicherheit von Eike Ekrot, persönlicher Referent von Staatssekretär Klaus Vitt

**Veranstalter:** msg

**Ort:** Restaurant Jolesch, Muskauer Str. 1, 10997 Berlin

Anmeldung bis 25. Juni unter: <https://www.msg.group/veranstaltung/digitale-synergien-5>

### **16.10.2019, 19 Uhr, Berlin: Digitalisierungsgespräche – die Macht der Daten**

mit Bundestagsabgeordneten, Vertreterinnen und Vertretern aus Bundesministerien, NGOs, Startups, Wirtschaft und Wissenschaft, u.a.

mit Staatssekretär Klaus Vitt, Manuel Höferlin und Hansjörg Durz

**Veranstalter:** msg

**Ort:** Soho House Berlin, Torstraße 1, 10119 Berlin

Nur für geladene Gäste

## MITWIRKENDE AUTOREN:



Maria Rösch



Alexandra Evdokimova

## IMPRESSUM

### Herausgeber

**msg systems ag**  
Robert-Bürkle-Straße 1  
85737 Ismaning/München  
Deutschland

### Verantwortlich:

Hans Zehetmaier,  
Dr. Stephan Frohnhoff,  
Bernhard Lang,  
Karsten Redenius,  
Jens Stäcker,  
Dr. Dirk Taubner

### Redaktionsleitung:

**Regina Welsch**  
Mobil: +49 1520 238 5842  
E-Mail: [public-affairs@msg.group](mailto:public-affairs@msg.group)

Der Inhalt gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

---